



1040 BRÜSSEL  
rue de la Loi 70 - Wetstraat 70  
Tel. 02/230 89 45

23-03-1989

An den Herrn Minister des Post-  
und Fernmeldewesens

56, rue de la Loi - Wetstraat

AF

1040

BRÜSSEL

I/SCHREIBEN VOM

I/REF.

U/REF.

BEILAGEN

19.235/II/PD

AR/MTV

**BETRIFFT:** Postregie. Anwendung der koordinierten Sprachengesetze im Deutschsprachigen Gebiet.

Sehr geehrter Herr Minister !

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle hat in ihrer Sitzung vom 10. November 1988 eine Klage untersucht, die von mehreren Beamten der lokalen Dienste der Postregie im Deutschsprachigen Gebiet eingereicht wurde.

Die Klage zählt eine Reihe von Gepflogenheiten der Postregie auf, die im Widerspruch zu den koordinierten Sprachengesetzen wären.

Sie wurde Ihnen zugestellt, und die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle hat die Erklärungen, die Sie mit Ihrem Brief Nr. 200.6/1.003/MB vom 24. Juni 1988 mitgeteilt haben, zur Kenntnis genommen.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle hat diesbezüglich folgendes Gutachten abgegeben :

- 1° Gewisse angefochtene Handlungsweisen sind gegen die Bestimmungen der koordinierten Sprachengesetze. Die zentrale Verwaltung der Post und die Regionaldirektion von Lüttich richten sich nicht nach diesen Gesetzen, wenn sie :
- den lokalen Diensten entweder Dienstanweisungen oder -vorschriften oder allgemeine oder individuelle Korrespondenz in französischer Sprache zukommen lassen;
  - mündliche Anweisungen telefonisch oder von Person zu Person in französischer Sprache mitteilen;
  - Besprechungen, die für dieses deutschsprachige Personal bestimmt sind, in französischer Sprache abhalten;
  - schriftliche Anweisungen in französischer Sprache zustellen und verlangen, dass sie vom deutschsprachigen Personal unterschrieben und mit dem Vermerk "gelesen" versehen werden, auf die Gefahr hin, dass sie kaum oder falsch verstanden werden.

.../...

Es handelt sich hier um interne Angelegenheiten aus dem Anwendungsreich der Artikel 10, 36, § 1, 2° und 39, § 2 der koordinierten Sprachengesetze.

Zu Unrecht beruft sich die Postregie hier auf die Anwendung von Artikel 39 § 3, der nur innerhalb eines zentralen Dienstes und einzig und allein für dessen Personal gilt.

Die sich daraus ergebende Praxis, dass die Verwaltung des Personals sich in französischer oder niederländischer Sprache vollzieht, während die deutschsprachigen Personalmitglieder eine Übersetzung aller Dokumente, die sie betreffen, von den "zweisprachigen" lokalen Dienstleitern erhalten können, ist unannehmbar. Ebenso unannehmbar ist die Behauptung, dass alle deutschsprachigen Beamten in der Lage sind, alle schriftlichen Mitteilungen, Briefe und Anweisungen in französischer Sprache zur Kenntnis zu nehmen, da sie die Grundkenntnis der französischen Sprache ja nachgewiesen haben müssen.

Was alle diese Punkte angeht, muss die Klage als zulässig und begründet angesehen werden.

2° Was andere Beschwerden angeht, so muss das Gutachten nüanciert sein.

Dies gilt für die Dienstordnungen und die sie betreffende Gesetzgebung.

Die Gesetzgebung und die Vorschriften sind "auf französisch und auf niederländisch" abgefasst, einerseits kraft des Gesetzes vom 30. Mai 1961 bezüglich des Sprachengebrauchs in gesetzgebenden Angelegenheiten, andererseits kraft des Artikels 56 der koordinierten Sprachengesetze für die königlichen und ministeriellen Erlasse.

Das Gesetz zur Reform der Institutionen für die Deutschsprachige Gemeinschaft vom 31. Dezember 1983 hat zwar eine Kommission zur offiziellen deutschen Übersetzung der Gesetze und Verordnungen eingesetzt, doch sind die Arbeiten dieser Kommission erst in einem Anfangsstadium.

In ihrem Gutachten Nr. 18.176 vom 2. April 1987 hat die Kommission empfohlen, dass das betreffende Ministerium gegebenenfalls eine offiziöse Übersetzung anfertigen soll.

Eine andere Haltung muss jedoch angenommen werden, wenn es sich z.B. um Sammlungen handelt wie "Allgemeine Vorschriften" oder "Vorschriften des Personals der Post", deren Übersetzung in deutscher Sprache gesichert sein müsste (siehe Gutachten der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle Nr. 607 vom 20.05.1965).

Ein anderer Teil der Klage geht die Ausbildung des Personals an, die für das deutschsprachige Personal dadurch erschwert wird, dass auf theoretischer Ebene der Stoff der Prüfungsprogramme nur teilweise in deutscher Sprache besteht und auf praktischer Ebene diese Ausbildung ausschließlich auf französisch oder auf niederländisch in Brüssel stattfindet.

Die Postregie behauptet, dass die Ausbildung der deutschsprachigen Beamten (Stufen 2, 3 und 4), die Grundausbildung und die ergänzende Ausbildung, im "Ausbildungszentrum von Eupen" stattfindet und dass sämtliche Unterlagen, die sie erhalten, in deutscher Sprache sind; dass es auch Lehrbücher in dieser Sprache gibt, die für die deutschsprachigen Beamten gedacht sind, die sich auf ihre Beförderung zum Rang 23 vorbereiten und dass diese Lehrbücher ebenfalls zur Ausbildung des leitenden Personals dienen. Sie fügt hinzu, dass bei allen Wettbewerben und bei allen Prüfungen, die entweder von der Postregie oder vom Ständigen Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals organisiert werden und für die Stellen der Stufen 2, 3 und 4 von deutschsprachigen Beamten zu besetzen sind, jedem Kandidaten ein vollständiges Reglement in deutscher Sprache zur Verfügung gestellt wird und dass jeder Kandidat die Möglichkeit hat, die Prüfung in seiner Muttersprache zu machen.

Ausgehend von diesen Behauptungen kann man die Klage in diesem Punkt nicht als begründet ansehen.

Die Klage richtet sich auch gegen die Organisation des Dienstes und hebt namentlich hervor, dass keine Stelle der 1. Stufe im Deutschsprachigen Gebiet vorgesehen ist mit der Folge, dass alle durch die Gesetze oder die gesetzlichen Regelungen vorgeschriebenen Kontrollen (Prüfung, Inspektion, administrativer Gesundheitsdienst, medizinisches Zentrum, technisches Zentrum) französischsprachigen Beamten anvertraut werden.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle ist nicht befugt, sich in die Art und Weise einzumischen, wie die Postregie ihre Dienste organisiert.

Letztere macht darauf aufmerksam, dass die Prüfungen und Inspektionen von einem Inspektor wahrgenommen werden, der der 9. Regionaldirektion (Lüttich) angehört und der eine Prüfung über die sprachlichen Kenntnisse, die verlangt werden, wenn man dieses Amt bekleiden will, bestanden hat (genügende Kenntnis der deutschen Sprache - Artikel 9, § 2 des Königlichen Erlasses Nr. IX vom 30. November 1966 - Brevet Ständiges Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals vom 7. März 1988).

Was die anderen Aktivitäten angeht, so ist die Kommission der Meinung, dass dem deutschsprachigen Personal das Recht nicht abgesprochen werden darf, von der Regionaldirektion Lüttich, eine Regionaldienst im Sinne von Artikel 36, § 1 (siehe Artikel 36, § 1, 2°), in seiner eigenen Sprache behandelt zu werden. Es kommt der Postregie zu, ihre Dienste demnach zu organisieren oder an private Mitarbeiter zu appellieren.

.../...

*Im Zusammenhang mit der Beschwerde gegen die Verweigerung, den deutschsprachigen Beamten in den Stellenplan einzutragen, weil er seine Grundkenntnisse der französischen Sprache nicht durch eine Prüfung vor dem Ständigen Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals nachgewiesen hat, erinnert die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle an ihren Standpunkt : Diese Forderung der Postregie ist nicht im Widerspruch zu den koordinierten Sprachengesetze (siehe Gutachten Nr. 13.020 vom 19.05.1983 und 15.112 vom 05.01.1984), jedoch hat der Dienst auch die Möglichkeit, diese Kenntnis auf andere Art und Weise festzustellen, z.B. indem man sich auf eine tatsächliche Kenntnis verlässt, der Besitz eines Diploms, das bescheinigt, dass eine vollständiger Studienzyklus in französischer Sprache absolviert worden ist, das Bestehen anderer Sprachenprüfungen als diejenigen, die vom Ständigen Sekretariat zur Anwerbung des Staatspersonals organisiert werden, oder noch indem man dem besonderen Charakter des Unterrichts im Deutschsprachigen Gebiet Rechnung trägt (siehe Gutachten 19.219 vom 10. März 1988).*

*In diesem Punkt kann die Klage dennoch nicht als begründet angesehen werden.*

*Sie ist es ebensowenig in dem Punkt, der die Tatsache behandelt, dass es einem deutschsprachigen Beamten nicht möglich ist, vom Regionaldirektor aus Lüttich oder vom Generaldirektor der Postregie persönlich empfangen zu werden. Keine einzige Bestimmung der koordinierten Sprachengesetze verpflichtet diese Beamten die deutsche Sprache zu beherrschen.*

*Vorliegendes Gutachten wird den Klägern zugestellt.*

*Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle bittet Sie, ihr mitzuteilen, was auf dieses Gutachten hin in besagter Angelegenheit veranlasst wird.*

*Mit vorzüglicher Hochachtung,*

DER VORSITZENDE

J. FLEERACKERS